

Bericht Nr. 2093 der Aufsichtskommission zum 138. Jahresbericht des Bürgerrates für das Jahr 2013

Dem Bürgergemeinderat zugestellt am 13. Juni 2014

In Erledigung ihres Auftrags gemäss § 12d Absatz 1 Ziffer 3 und Absatz 2 der Gemeindeordnung legt die Aufsichtskommission (AK) dem Bürgergemeinderat (BGR) ihren Bericht zum 138. Jahresbericht des Bürgerrates (BR) für das Jahr 2013 vor.

Der Bericht ist in folgende Kapitel gegliedert:

1. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission
2. Besondere Feststellungen
 - 2.1 Strategieprozess
 - 2.2 Standards für die Rechnungslegung
 - 2.3 Entwicklung Dreispitz
 - 2.4 BaseLink
 - 2.5 Energiebewirtschaftung bei Liegenschaften
3. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die AK
 - 3.1 Zentrale Dienste
 - 3.2 Christoph Merian Stiftung
4. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die Sachkommissionen
 - 4.1 Bürgerspital
 - 4.2 Waisenhaus
5. Antrag

1. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission

Die Aufsichtskommission setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Markus Grolimund, Präsident	FDP
Jan Goepfert	SP
Rolf Keller	SP
Marcel Rünzi	CVP
Prof. Dr. Jürg Stöcklin	GB
Joël Thüring	SVP
Dr. Dieter Werthemann	GLP

Mit der Berichterstattung über die einzelnen Institutionen der Bürgergemeinde und über die Christoph Merian Stiftung wurden die nachfolgenden Delegationen betraut:

- Bürgerspital Sachkommission Bürgerspital
- Waisenhaus: Sachkommission Waisenhaus
- Zentrale Dienste Rolf Keller, Jürg Stöcklin, Dieter Werthemann
- Christoph Merian Stiftung: Jan Goepfert, Marcel Rünzi, Joël Thüring

Die Aufsichtskommission (AK) hat im Verlauf des Berichtsjahres (2013) insgesamt elf Sitzungen abgehalten. Zur Prüfung des Verwaltungsberichtes 2013 sowie weiterer Traktanden waren im Jahr 2014 bis heute zusätzlich sechs Sitzungen nötig. Ihren Institutionenbesuch stattete die AK im Berichtsjahr dem Waisenhaus ab.

Das Protokoll besorgte Karin Senn von den Zentralen Diensten. Für die zuverlässige Protokollführung sei der Verfasserin der beste Dank ausgesprochen. Speziell möchte die Kommission Frau Senn für ihre sorgfältige und kompetente Unterstützung in der Vor- und Nachbereitung der Kommissionsgeschäfte danken.

2. Besondere Feststellungen

2.1 Strategieprozess

Nachdem der Bürgerrat seine Strategievorlage überarbeitet und dem Bürgergemeinderat zugestellt hat, ist die Vorlage in der Eintretensdebatte wohlwollend aufgenommen worden. Da es sich um ein gewichtiges Geschäft handelt, ist für die Behandlung des Strategieberichts eine Spezialkommission eingesetzt worden, welche das Geschäft zur Behandlung im Bürgergemeinderat vorbereiten und einen Bericht verfassen wird. Die AK verfolgt diesen Prozess mit Interesse und hofft, dass die Strategievorlage wie vorgesehen in der Septembersitzung 2014 vom Parlament behandelt werden kann.

2.2 Standards für die Rechnungslegung

Die AK hat in ihrem letztjährigen Bericht ihre Erwartung geäußert, dass sich der Bürgerrat Gedanken in Richtung einer modernen Rechnungslegung macht. Entsprechende Überlegungen sind im Gange; die Zentralen Dienste sind derzeit daran, eine allfällige Umstellung auf die neuen Bestimmungen nach OR, welche ab 1. Januar 2015 in Kraft treten, zu prüfen. Die AK begrüsst ein Vorgehen, welches zu möglichst grosser Transparenz führt.

2.3 Entwicklung Dreispitz

Das Baurechtsgebiet der Stiftung auf dem Dreispitz soll von einem Gewerbeland in eine Fläche für Arbeiten und Wohnen transformiert werden. Dabei werden Gewerbetreibende bevorzugt behandelt: die für sie reservierten Bruttogeschossflächen steigen von heute 400'000 m² auf rund 630'000 m². Mit der Auflage des Bebauungsplanes wird per 18. August dieses Jahres gerechnet. Die Verantwortlichen der Stiftung sind zuversichtlich, dass die letzten Hindernisse aus dem Weg geräumt werden konnten.

2.4 BaseLink

Das Bürgerspital besitzt auf dem Areal Bachgraben in Allschwil rund 67 000 m² Bauland in der Industrie- und Gewerbezone, welches unter dem Namen «BaseLink» vermarktet wird. Ende 2013 lief der alte Vertrag mit der Stadtgärtnerei aus, welche das Areal bisher für Freizeitgärten weiterverpachtete. Die Überbauung des Areals soll nach höchstmöglicher Energieeffizienz und Umweltverträglichkeit erfolgen. Ab 2014 können hier spezifische Bedürfnisse im Bereich Forschung, Entwicklung und Produktion aus den Bereichen Biotechnologie, Pharma, Feinmechanik etc. ebenso wie andere Dienstleistungen bis hin zu Hotel an hervorragender Lage und nahe der Stadt Basel sowie dem EuroAirport angesiedelt werden. Ein Masterplan regelt die Erschliessung, Grünräume, Nutzungen sowie ein nachhaltiges Energiekonzept und sichert somit ein äusserst attraktives Umfeld für moderne Arbeitsplätze. Für das gesamte Areal ist eine zentrale ökologische Wärme- und

Kälteversorgung mittels Erdwärmenutzung sowie Fotovoltaikanlagen für die Stromversorgung auf sämtlichen Dächern vorgesehen.

2.5 Energiebewirtschaftung bei Liegenschaften

Die AK hat in ihren Berichten mehrfach betont, dass es ihr ein Anliegen ist, dass bei den Liegenschaften auf eine möglichst effiziente, umweltschonende und wirtschaftliche Verwendung von Energie geachtet wird. Hierzu darf positiv erwähnt werden, dass der neue Forstwerkhof in Birsfelden im Minergiestandard P und vorwiegend mit Holz aus den Waldungen der Bürgergemeinde errichtet worden ist. Die AK begrüsst weiterhin Bestrebungen, welche in diese Richtung weisen.

3. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die AK

3.1 Zentrale Dienste

Die Erfolgsrechnung der Zentralen Dienste schliesst mit einem Überschuss von rund 300'000 CHF erneut positiv ab. Das Ergebnis kann als Resultat einer sorgfältigen Anlagestrategie, günstiger Kapitalzinsen und einer hohen Belegung der eigenen Liegenschaften als nachhaltig beurteilt werden. Auch die Vermögenslage hat sich Dank der positiven Rechnung und einer guten Performance der Finanzanlagen erneut verbessert.

Die Aufsichtskommission konnte sich davon überzeugen, dass die Geschäftsführung der Zentralen Dienste umsichtig und haushälterisch erfolgt. Anhand einer Risikoanalyse werden periodisch, mindestens aber einmal jährlich, alle Produktgruppen und Produkte einer qualitativen Risikoanalyse unterzogen. Diese ergab im Jahr 2013 keinen Handlungsbedarf.

Einbürgerungsverfahren

Das Jahresergebnis der Produktgruppe II „Dienstleistungen für die Bürgerschaft“ fiel besser aus als budgetiert, und der Finanzierungszufluss aus dem Ertrag der Zentralen Dienste (PG I) war kleiner als budgetiert. Im langjährigen Mittel ist trotz dem aktuell notwendigen Finanzierungszufluss die Kostendeckung des Einbürgerungsverfahrens gegeben, da in den vergangenen Jahren teilweise auch Rückstellungen gemacht werden konnten. Bekanntlich kann die Zahl der Einbürgerungen aus diversen Gründen von Jahr zu Jahr erheblich schwanken. Im Mittel der letzten acht Jahre ist das Ergebnis der Produktgruppe II ausgeglichen. Es besteht deshalb zurzeit kein Handlungsbedarf bei den Gebühren.

Waldwohlfahrt

Im Rahmen der Waldbewirtschaftung erbringt der Forstbetrieb der Bürgergemeinde beträchtliche Wohlfahrtsleistungen zu Handen der Öffentlichkeit bzw. der Nutzer des Waldes. Dazu gehören die aufwändige Entsorgung von Abfall (Stichwort „Littering“), aber auch die Pflege von Waldwegen oder die Bereitstellung von Grillstandorten und Spielmöglichkeiten für Kinder. Zum Teil wird dieser Aufwand von den Waldeigentümern abgegolten, z.Bsp. von der CMS mit einem Beitrag von 140'000 CHF. Die Kosten der Wohlfahrtsleistungen sind zurzeit ungenügend bekannt. Deshalb sind die Zentralen Dienste daran, die Kosten der verschiedenen Wohlfahrtsleistungen im Wald genauer zu eruieren. Es geht nicht darum, diese Leistungen in Frage zu stellen, sondern deren Kosten zu kennen und allfällige Verursacher und damit auch mögliche Kostenträger zu identifizieren, sowie zu prüfen, ob die Aufwendungen der Bürgergemeinde zielorientiert eingesetzt werden oder

allenfalls Verbesserungen möglich sind. Die AK begrüsst die Eruiierung der Waldwohlfahrtskosten ausdrücklich und sieht den Ergebnissen und Erkenntnissen mit Interesse entgegen.

Zunftrechnungen

Der Bürgerrat muss die revidierten Rechnungen der Zünfte genehmigen. Die im Jahresbericht als im Jahr 2012 nicht genehmigt erwähnte Rechnung ist mittlerweile in Ordnung gebracht. Hintergrund für die Nichtgenehmigung waren Unregelmässigkeiten bei Vermögensanlagen, welche bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung verhindert hatten, dass die Rechnung der betreffenden Zunft abgeschlossen werden konnte.

Frauenförderung

Die Bürgergemeinde besitzt keine eigentliche Strategie, welche darauf abzielt, den Frauenanteil in ihren Institutionen oder bei den Zünften zu erhöhen. Bei den Zünften ist der Anteil der Frauen gering, hat aber in letzter Zeit zugenommen. So hat die Zunft zu Schneidern eine Frau als Vorgesetzte. In den Institutionen sind laut Auskunft des Bürgerrats Frauen gut vertreten. Zum ersten Mal hat eine Forstwart-Lehrtochter bei der Bürgergemeinde eine Lehre begonnen. Die Aufsichtskommission bestärkt den Bürgerrat darin, durch zeitgemässe Anstellungsbedingungen dazu beizutragen, dass der Frauenanteil in den Institutionen der Bürgergemeinde und ihren Leitungsgremien erhöht wird.

3.2 Christoph Merian Stiftung

Aufsicht und Oberaufsicht über die CMS

Der Jahresgewinn im Berichtsjahr liegt mit CHF 12'200'416 leicht über dem des Vorjahres (11.9 Mio.). Durch die Bildung von Rücklagen und die Auflösung von Reserven wird eine über die Jahre ausgeglichene Ausschüttung des Jahresgewinns gewährleistet. Gleichzeitig konnte festgestellt werden, dass die langfristigen Rückstellungen beträchtlich angewachsen sind (von CHF 31,5 Mio auf 44 Mio). Davon steht der Bürgergemeinde für Gewinnverwendung ein Betrag von CHF 3 Mio. zu. Weitere Rückstellungen betreffen Bauaufgaben und Wertschwankungen bei den Wertschriften. Vom jährlichen Ertrag der Stiftung stehen der Einwohnergemeinde (Kanton) und der Bürgergemeinde je 45 % zur Verfügung, während 10% von der CMS zum Erwerb, Bau und Umbau von Liegenschaften verwendet werden.

Der Bürgergemeinderat entscheidet über die Verwendung des Anteils der Bürgergemeinde. In den drei Produktgruppen *Soziales, Natur und Umwelt, Städtische Kultur*, können gemäss Leistungsaufträgen jährlich rund 4.5 Mio. verteilt werden. Während der Bürgergemeinderat die finanzielle Zuordnung zu den Produktgruppen bewilligt und deren Einhaltung überwacht, liegt die Zuständigkeit für die Abschlüsse und die Überwachung der mehrjährigen Leistungsvereinbarungen mit den Institutionen in der Hand des Bürgerrates.

Die Christoph Merian Stiftung ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung, untersteht aber der Oberaufsicht der Bürgergemeinde der Stadt Basel. Die Basis für ihre Aktivitäten ist das Vermögen, das ihr von Christoph und Margaretha Merian-Burckhardt vermacht wurde. Ausschliesslich der Ertrag wird für die vielfältigen Aktivitäten der Stiftung eingesetzt, das Stiftungskapital muss erhalten bleiben. Aufgrund des Testaments konzentriert die Christoph Merian Stiftung ihre Tätigkeit vorab auf die Stadt Basel.

Übernahme von Staatsaufgaben durch die CMS?

Eine Delegation der AK hat sich bei der CMS erkundigt, ob eine Übernahme von Staatsaufgaben durch die CMS nicht problematisch ist. Wie die CMS festhält, verlangt das Testament von Christoph Merian, dass das Stiftungsvermögen vom Staatsvermögen getrennt zu halten ist. Alles was zu den staatlichen Kernaufgaben gehört (im Sinne des "Nachwächterstaates"), ist für die CMS kein Thema. Es gebe jedoch keine Auflage, dass die Stiftung keine Staatsaufgaben finanzieren dürfe.

Die CMS fokussiert sich auf bestimmte Kernanliegen wie die Förderung von Kindern und Jugendlichen. Hier steht die CMS mit dem Kanton im Gespräch und prüft, welche Projekte sinnvoll und zweckmässig wären. Weil der Kanton z.B. im Bereich der Sprachförderung von Kindern über sehr gute Angebote verfügt, engagiert sich die CMS grundsätzlich nicht in diesem Bereich.

Manchmal kommt der Kanton auf die CMS zu, wie beim Projekt Kindertankstelle auf der Liesberger Matte. Die Expertise der CMS soll für eine kinder- und jugendgerechte Gestaltung eingesetzt werden. Es geht nicht unbedingt um die Finanzierung. Die Stadtteilsekretariate waren demgegenüber eine Mit-Initiative der CMS. Da es um den Dialog zwischen der staatlichen Verwaltung und dem Quartier geht, hat die CMS nach der *Startphase* ihr Engagement bei diesem Projekt reduziert.

Wie werden die Leistungsbezüger begleitet und welcher Kontrolle unterstehen die unterstützten Vorhaben?

Bei den Leistungsbezüger wird die Verwendung der Mittel regelmässig geprüft und mit ihnen besprochen. So kann sichergestellt werden, dass die entrichteten Beiträge aus dem Anteil der Bürgergemeinde zweckentsprechend eingesetzt werden. Bei Projekten ab CHF 10'000 formuliert die CMS einen Leistungsauftrag mit Evaluations-/Reportingpflichten, um die Wirkung des Vorhabens beurteilen zu können.

Die Evaluation erfolgt durch die Projektpartner selber, bei grösseren Projekten wird grundsätzlich eine externe Evaluation veranlasst. Es komme kaum vor, dass eine Anpassung des Beitrages erfolgen müsse, weil Zielvereinbarung und Zielerreichung nicht übereinstimmen würden. Aber Projektanpassungen treten durchaus ein. Die Steuerung erfolgt über den Leistungsauftrag, in grösseren Institutionen hat oft ein Vertreter der CMS im Vorstand Einsitz und damit einen direkten Einblick in die Tätigkeit der unterstützten Organisation.

Können auch Vorhaben ausserhalb der Kantons- und Landesgrenzen finanziert werden?

Die Mittel aus der Christoph Merian Stiftung sollen gemäss Testament den Bewohnern unserer Stadt zu Gute kommen. Grundsätzlich werden nur Projekte in der Stadt Basel unterstützt. Es gibt jedoch auch Projekte ausserhalb der Kantonsgrenzen. Die Löwenburg ist ein gemeinsames Projekt mit Basel-Landschaft, an das der Nachbarkanton einen jährlichen Beitrag von CHF 125'000 leistet. Im Weiteren gibt es die Christoph Merian Kantonalbanken Stiftung (BKB und BLKB), welche Projekte auch ausserhalb von Baselstadt fördert. Brüglingen und das Dreispitzareal werden als baselstädtische Projekte angesehen, obwohl sie nur teilweise auf Stadtgebiet liegen.

Weitere Rettung von untergangsgefährdeten Sammlungen?

Dank guter Zusammenarbeit mit dem Kanton und Beiträgen der CMS konnten in den letzten Jahren mehrere Sammlungen bekannter Basler Photographen für die Nachwelt gerettet werden (Sammlungen Kugler, Moeschlin, Baur, Jeck, Hoffmann). Die Erhaltung von Archiven habe bei der Christoph Merian Stiftung eine gewisse Tradition, erwähnt werden von Seiten der CMS das Missionsarchiv und das Archiv der Schweizer Reederei und Neptun AG (welches bei der Übernahme durch die Migros eigentlich liquidiert werden sollte). Die Frage drängt sich auf, ob weitere Samm-

lungen verwaisen und gefährdet sind. Die Vertreter der CMS berichten über verschiedene Notstände im Bereich der bildenden Kunst, insbesondere der Malerei. Die CMS prüft die Möglichkeit weiterer Engagements, auch in Zusammenarbeit mit bestehenden und gegebenenfalls zu gründenden Stiftungen zum Erhalt von Kulturgut des letzten Jahrhunderts. Allerdings werden Regelungen von Nachlässen jedenfalls zu einem schwierigen und aufwendigen Unterfangen.

Risikobeurteilung

Gemäss Anhang zur Jahresrechnung 2013 haben sich die Stiftungskommission und die Geschäftsleitung mit den wesentlichen Risiken auseinandergesetzt. Die Delegation der AK hat sich bei der CMS erkundigt, wie der Prozess der Risikoanalyse und – beurteilung abläuft und dokumentiert wird. Im Weiteren hat sie sich nach den Ergebnissen der Risikoanalyse und – beurteilung für das Jahr 2013 erkundigt.

Die Stiftungskommission und die Geschäftsleitung haben offenbar einen Katalog von 15 bis 20 grösseren Risiken entwickelt und nach Eintretenswahrscheinlichkeit gewichtet. Zur Klärung von Einzelfragen (Haftung für Unfälle im Projekt Löwenburg, Risiko eines Börsencrashes usw.) werden Spezialisten beigezogen. Die Stiftungskommission behandelt einmal jährlich eine entsprechende Vorlage.

Als grösseres Risiko wird ein Erdbeben in Basel ausgewiesen. Vor einigen Jahren wurde eine Erdbebenversicherung abgeschlossen, die auch einen allfälligen Betriebsunterbruch abdeckt (Mietzinsausfälle). Im Weiteren wird die Vermögensanlage bewusst in Wertpapieren diversifiziert. Die AK empfiehlt, die Risikoanalyse weiter zu systematisieren, damit alle wesentlichen Risiken erkannt werden und Massnahmen zur Risikominderung in die Wege geleitet werden können.

4. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die Sachkommissionen

4.1 Bürgerspital

Einleitung

Die Imagekampagne - *das Bürgerspital ist mehr als ein Spital* - hat die sozial-medizinische Kompetenz der Institutionen des Bürgerspitals Basel in der Region und damit in weiten Kreisen der Bevölkerung ins Bewusstsein gerückt. Das ist gut so. Ein hohes Medieninteresse kommt dem Bürgerspital in den Medien dennoch nicht zu. Man mag dies bedauern, aber es entspricht der Tatsache, dass sich Medien lieber auf Spektakuläres und Ausgefallenes fokussieren. So leben wir gut damit, dass das Bürgerspital Basel mit seinen Institutionen und Betrieben im Gespräch bleibt, aber niemals ins Gerede kommt.

Das Bürgerspital arbeitete auch im Berichtsjahr 2013 umsichtig und professionell. Dass es ihm immer wieder gelingt, im Wettbewerb unter den Anbietern von sozial-medizinischen Leistungen, seinen Platz durch überzeugende Leistungen zu behaupten, bestätigt sich beim Lesen des wiederum gut aufgemachten Jahresberichtes 2013.

Das Unternehmensergebnis von CHF 3.7 Mio. liegt um CHF 0.3 Mio. über jenem des Vorjahres 2012, und gar um CHF 1.0 Mio. über dem Ergebnis von 2011. Der gute Abschluss ist Beleg der sorgfältigen Führung des Unternehmens Bürgerspital. Zu diesem Ergebnis haben alle Beschäftigten durch solide Leistungen im beruflichen Alltag und bei der Wahrnehmung übergeordneter Aufgaben beigetragen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Leitungen der Institutionen und der Geschäftsleitung gebührt ein grosser Dank. Auch weiterhin bedarf es grosser Anstrengungen, um am Markt bestehen zu können und die hoch gesteckten Ziele zu erreichen. Dass unser grosses Lob nicht leere Worthülse ist, belegt die Anerkennung für Excellence, mit der das Bürgerspital

zu Beginn des Jahres 2014 von der European Foundation for Quality Management (EFQM) ausgezeichnet worden ist. Auch das jährlich stattfindende ISO-Zertifizierungsaudit hat das Bürgerspital bestanden und damit den hohen Qualitätsausweis erneut bestätigt.

Mit BaseLink setzt das Bürgerspital ein ambitioniertes Vorhaben um. Das bislang von Freizeitgärtnern genutzte Land, westlich des Bachgrabens in Allschwil, mit einer Fläche von 67'000m², liegt in der Bauzone. Das Areal soll nun entwickelt und einer baulichen Nutzung zugeführt werden. Für das Bürgerspital, für die Gemeinde Allschwil und für Basel ist dies Chance und Herausforderung zugleich. Das Bürgerspital hat sich über Jahre gegenüber den Freizeitgärtnern rücksichtsvoll gezeigt und damit grosse Fairness bewiesen - eine lobenswerte Eigenschaft des Bürgerspitals.

Produktegruppe 1: Medizinische Rehabilitation

Mit der guten Bettenbelegung von 91.7% hat die Reha Chrischona das Belegungsergebnis gegenüber dem Vorjahr (87.4%) steigern können. Erfreulich ist die Zunahme der Pflagestage bei Patientinnen und Patienten mit einer Halbprivat- und Privatversicherung. Hervorzuheben ist das Jahresergebnis, welches mit CHF 96'835 abschliesst. So konnte auf den Zufluss aus dem Vermögensertrag gänzlich verzichtet werden, nachdem im Jahr zuvor noch CHF 125'539 beansprucht werden mussten.

Die Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten liegt mit 84.3% (Vorjahr 83.3%) deutlich über dem Sollwert von 75%. Unter der Zielvorgabe - *die medizinischen Leistungen sind erfolgreich* - erreicht das Ergebnis der behandelnden Patienten, welche die Klinik verlassen, einen Wert von 92.8% (Vorjahr 90.5%) und liegt damit leicht über dem Sollwert von 92%. Wie bereits im letzten Jahresbericht erwähnt, lässt sich der Sollwert aufgrund der komplexen Behandlungssituationen vieler Patienten und Patientinnen nur schwer erreichen.

Allgemein übertrifft die Reha Chrischona die im Berichtsjahr gesetzten Zielvorgaben - eine beachtliche Leistung!

Produktegruppe 2: Betreutes Wohnen

Das Jahresergebnis 2013 der Produktegruppe 2 schliesst nach einem Zufluss aus dem Vermögensertrag von CHF 2'000'000 mit einem negativen Ergebnis von CHF 465'639 ab. Über die dreijährige Periode des gesprochenen Globalkredites (2011 - 2013) konnte dennoch ein ausgeglichener Abschluss erzielt werden.

Stationäre Betreuung von Betagten:

Der Auslastungsgrad der angebotenen Plätze liegt mit 96.9% unter dem Sollwert (98%). Dennoch ist es ein respektabler Wert, da mit den angelaufenen Veränderungen in den Alterszentren Weiherweg, Sonnenrain und Lindenhof, erwartungsgemäss keine optimale Belegung mehr zu erzielen war. Mit dem neuen Alterszentrum Burgfelderhof wird das Bürgerspital in der Führung von Alters- und Pflegeheimen weiter zulegen.

Mit 76% (Soll 70%) bewegt sich die Zufriedenheitsrate unter den Bewohnerinnen und Bewohnern im Rahmen der Vorjahre.

Die Bauarbeiten am Alterszentrum Burgfelderhof wurden durch einen Brand auf der Baustelle behindert und der Eröffnungstermin um einige Monate verzögert. Inzwischen konnte der grossartige Neubau im April 2014 seiner Bestimmung übergeben werden. So werden ab Mai 2014 attraktive Plätze für 113 Bewohnerinnen und Bewohner zur Verfügung stehen. Unter Berücksichtigung der entfallenden Plätze im Sonnenrain und Lindenhof ergibt dies eine Nettozunahme von 29 Plätzen.

Tagesbetreuung von Betagten:

Der Einbruch in der Belegung der Tagesplätze, von 80% im Berichtsjahr gegenüber 101.1% im Vorjahr, ist markant. Begründen Übertritte in stationäre Einrichtungen und hohe Sterbefallzahlen die Situation hinreichend? Kann die Situation mit Werbemassnahmen verbessert werden? Oder sind konzeptionelle Vorgaben Grund der unerfreulichen Situation? Diesen Fragen wird seitens des Bürgerspitals nachgegangen. Festzustellen ist, dass alle Institutionen der Tagesbetreuung in Basel zurzeit von dieser Situation betroffen sind.

Wohnen für Menschen mit einer IV-Massnahme:

Die Belegung in den Häusern für Menschen mit einer IV-Massnahme ist mit 75.7% gegenüber dem Vorjahr mit 83.6% rückläufig (Sollwert 80%). So konnte das Wohnhaus an der Gustav Wenk-Strasse nie voll ausgelastet werden.

Die gesetzten Ziele beim Zufriedenheitsgrad wurden mit 82.7% (Sollwert 70%) deutlich übertroffen.

Produktgruppe 3: Arbeit und Integration

Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art:

Die Belegungstage liegen mit 63.8% (Vorjahr 62.8%) wiederum unter dem Sollwert von 70%. Die Gründe liegen in der geänderten Praxis der IV, welche vermehrt auf kurze Massnahmen (Abklärungen) setzt. Das Bürgerspital passt sich den neuen Gegebenheiten angemessen an und richtet seine Angebote danach aus (z.B. mittels Job-Coaching).

4.2 Waisenhaus

Die Sachkommission hat sich an ihrer Sitzung vom 28. April 2014 den Jahresbericht 2013 einlässlich vorstellen und erklären lassen. Die Kommission hat keinen Anlass zu besonderen Bemerkungen.

Das Waisenhausteam hat wiederum mit viel Einsatz und Kompetenz seine Aufgaben vollumfänglich erfüllt. Die Sachkommission verdankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre grosse Leistung und speziell Direktor Uli Hammler und seinem gesamten Leitungsteam ihre umsichtige und wertvolle Führungsarbeit.

5. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt die Aufsichtskommission dem Bürgergemeinderat, den 138. Jahresbericht des Bürgerrates über das Jahr 2013 zu genehmigen sowie vom Jahresbericht und der Jahresrechnung 2013 der Christoph Merian Stiftung Kenntnis zu nehmen.

Namens der Aufsichtskommission
Der Präsident: Dr. Markus Grolimund

3.6.2014